



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Strukturwandel: Sachsen und Sachsen-Anhalt wollen noch enger zusammenarbeiten

Staatsminister Schmidt und Staatsminister Robra zu Gesprächen im Mitteldeutschen Revier

Sachsens Staatsminister für Regionalentwicklung, Thomas Schmidt, und Staatsminister Rainer Robra, Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, haben heute (22. Oktober 2020) in Böhlen eine Absichtserklärung zu einer Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Die bisherige gute länderübergreifende Zusammenarbeit im Mitteldeutschen Revier soll durch eine Vereinbarung verstetigt und ausgebaut werden. Die Vereinbarung soll bis zum Frühjahr 2021 geschlossen werden.

„Mitteldeutschland befindet sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel, der nur zusammen erfolgreich gestaltet werden kann. Durch eine noch engere Zusammenarbeit bei länderübergreifenden Projekten, unter anderen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Daseinsvorsorge und Tourismus, wollen wir die Entwicklung in der Region unterstützen. Zudem wollen wir gemeinsam gegenüber Bund und EU für das Mitteldeutsche Revier eintreten“, sagte Staatsminister Schmidt.

„Ebenso wie sich die Braunkohle über Landesgrenzen hinweg erstreckt, müssen wir bei der Gestaltung des Strukturwandels landesübergreifend denken. Das Mitteldeutsche Revier ist ein seit Jahrzehnten verwobener Wirtschafts- und Kulturraum. Diese Verflechtungen gilt es bei den Maßnahmen zu berücksichtigen, sei es beispielsweise bei länderübergreifenden Verkehrsprojekten oder auch in der Kommunikation mit den Menschen vor Ort.“, sagte Staatsminister Robra. Die Arbeitstreffen auf Minister- oder Staatssekretärebene sollen ergänzt werden durch regelmäßige Abstimmungen auf Arbeitsebene.

Die beiden für den Strukturwandel zuständigen Staatsminister informierten sich heute gemeinsam bei der DOW Olefinverbund GmbH Werk in Böhlen und der Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG) in Zeitz über die Herausforderungen für die Unternehmen in Mitteldeutschland durch den Kohleausstieg, den Klimaschutz und die CO₂-Reduktion. Dabei wurden auch energiepolitische Themen und Konzepte für zukünftige Projekte in der Wasserstoff- und Kreislaufwirtschaft diskutiert.

„Um in den Revieren bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, ist nicht nur die Ansiedlung neuer Unternehmen wichtig. Gerade die bestehenden Unternehmen müssen dabei unterstützt werden, neue und zukunftsfähige Geschäftsfelder zu erschließen“, sagte Staatsminister Schmidt abschließend.

Impressum:

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle

Hegelstraße 42

39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666

Fax: (0391) 567-6667

Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de